



# VORWÄRTS



## sozialistische zeitung

Widerstand ★ Solidarität ★ Sozialismus

Zeitung der Sozialistischen LinksPartei [SLP]

erscheint seit 1983 Nr. 199

Juni 2011

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

### Österreich



Foto: AG

#### Öö: Die brutale Spitalsreform verhindern

Während die schwarz-grüne Landesregierung Oberösterreichs an ihrer unsozialen Spitalsreform festhält, wächst der Widerstand dagegen. Es gilt dabei längst nicht mehr bloß einzelne Härten zu mildern, sondern das Paket als Ganzes noch vor dem Sommer zu Fall zu bringen.

SEITE 2

### Betrieb und Gewerkschaft



#### Lohn & Gehalt muss erkämpft werden

Während die Unternehmen wieder Gewinne schreiben, können Viele von ihrem Job nicht leben. Die Debatte um Mindestlohn und Kollektivvertrag ist vor diesem Hintergrund nun erneut aufgeflammt.

SEITE 3

### Schwerpunkt



#### Wessen Staat? Nicht unser Staat!

Der Staat ist kein selbstständiges Konstrukt, sondern jeweils das Instrument der herrschenden Klasse. Deshalb gerät er stets in Konflikt mit all Jenen, die Ungerechtigkeiten nicht einfach hinnehmen wollen.

SEITEN 4/5

### Internationales



#### AdiEU? Euro und EU in ernster Krise

Der drohende Kollaps Griechenlands bedroht die EU und den Euro existenziell. Doch selbst die schlimmsten Kürzungen der Regierung konnten nicht genügend Geld reinbringen, um sich aus den Klauen internationaler Banken freizukaufen.

SEITE 7

# Den geplanten Kahlschlag bekämpfen: Geld für Gesundheit statt für Banken!



von Laura Rafetseder, SLP-Wien

**B**und und Länder machen uns krank: Die „Spitalsreform“ in Oberösterreich soll 362 Mio. Euro bis 2020 einsparen. Sieben Abteilungen sollen geschlossen, 760 Betten gestrichen werden. Besonders absurd: In Gmunden wird die Unfallambulanz auf eine Tagesklinik umgestellt – als ob sich Unfälle an Ambulanzzeiten halten würden. In Wien sollen fünf Krankenhäuser geschlossen bzw. mit anderen Spitälern zusammengelegt werden. Die Stadt Wien will die „Reform“ als Verbesserung verkaufen: „Die Schaffung von Tages- und Wochenkliniken und die Verkürzung der Verweildauer von PatientInnen im stationären Bereich ermöglichen die Reduktion von stationären Betten...PatientInnen wie SpitalsmitarbeiterInnen können das Wochenende zuhause bei ihren Familien verbringen“ (Stadträtin Sonja Wehsely, SPÖ).

Geht's noch zynischer? „Es wird sich zeigen, dass Kostenbewusstsein und Qualitätssicherung kein Gegensatz sind, sondern dass durch längerfristige Budgetperspektiven wichtige Struktur-reformen im KAV ermöglicht werden“ (Die Grünen Wien). Grüne und SPÖ reden Einsparungen schön, und verschweigen Verschlechterungen für PatientInnen. Die müssen weitere Wege, schlechtere Leistung und längere Wartezeiten in Kauf nehmen. Besonders von Schließung betroffen: Geburtshilfe- und Kinderabteilungen, bei der Brustkrebsvorsorge wird ebenfalls gespart. Ein Wahnsinn für Frauen! Der Frauen-

gesundheitsbericht hält fest, dass Mehrfachbelastung und Armut Frauen krank machen. Die Politik von Bund und Ländern verstärkt das: Das Wegfallen von Betten, die Umstellung auf Tageskliniken und die Kürzung von Pflegestunden bedeutet, dass noch mehr Pflege zuhause, überwiegend von Frauen, erledigt werden muss. Nicht genug, dass stressige Arbeit im Kapitalismus uns krank macht – nun wird auch noch das Gesundheitswesen zerschlagen!

#### Kein Geld für Gesundheit?

Hinter den Kürzungen steht auch eine Privatisierung der Gesundheitsversorgung. Öffentliche Leistungen werden gekürzt, „Zusatzleistungen“ bzw. ordentliche Versorgung gibt es nur über Privatversicherungen – ein profitabler Zweig für die Wirtschaft! Das Resultat: Vertiefung der Zwei-Klassenmedizin mit mieser Versorgung für die Masse und guter Versorgung nur für jene, die sich das leisten können. Was keiner sagt: Es gibt ein Recht auf optimale Gesundheitsversorgung für jedeN – und das Geld dafür ist da!

Wofür Geld ausgegeben wird, ist eine politische Entscheidung. Den Banken wurden Milliarden zur Verfügung gestellt. Fekter will „die Leistungsträger“ entlasten und meint damit die Unternehmen. Die Vorstände der 17 wichtigsten börsennotierten Unternehmen kassierten 2010 im Schnitt 1,146 Mio. Euro pro Nase. Damit verdienten Manager das 41-fache von dir und mir. Erste Bank-Chef Treichl hat 2010 2,8 Mio.

Euro eingestreift. Und: Treichl hat zuletzt die Gagen für seine Aufsichtsräte verdoppelt! Die Reallöhne hingegen sind in den letzten 15 Jahren stagniert. Die wahren Leistungsträger, jene die den Reichtum erwirtschaften, werden durch Abbau und Privatisierung des Gesundheitswesens belastet. Fekter will ein Nulldefizit bis 2015 – und plant dafür Privatisierungen und massive Angriffe auf ArbeitnehmerInnen. Fekter macht Politik für die Banken und Unternehmen – auf unsere Kosten!

#### Geld für Gesundheit statt für Banken!

Trotz eines angeblichen „Aufschwunges“ soll bei der Gesundheit gekürzt werden. Das spielt sich in ganz Europa ab: Die Kürzungen im österreichischen Gesundheitswesen wie auch jene zB in Griechenland treffen ArbeitnehmerInnen und haben dasselbe Ziel – eine Umverteilung von unten nach oben! Die griechischen ArbeiterInnen und Jugendlichen wehren sich mit Recht durch den neunten Generalstreik seit Beginn der Krise. Die PortugiesInnen haben mit einem Generalstreik ihre Sparpolitik-Regierung gestürzt. Denn tatsächlich sind weder die griechischen, noch die österreichischen ArbeiterInnen an der Krise und ihren Folgen schuld!

#### Kahlschlag im Gesundheitswesen bekämpfen!

Die Gewerkschaft hinkt den Angriffen hinterher. Doch der ÖGB kann zum Kämpfen gezwungen werden: In der

Steiermark musste er für eine Großdemonstration mobilisieren – die Demos der Plattform 25 hatten ihn unter Zugzwang gesetzt. In Gmunden hat die SLP gemeinsam mit Betroffenen eine Demonstration gegen die „Spitalsreform“ organisiert. Der ÖGB muss gemeinsame Kampfmaßnahmen gegen alle Kürzungen organisieren. Aber damit die Proteste eine Perspektive haben, braucht es eine politische Alternative – eine neue Partei von und für ArbeitnehmerInnen. Denn SPÖ und Grüne setzen gemeinsam mit der ÖVP die Kürzungen um. FPÖ und BZÖ sind keinen Deut besser – wo sie an der Macht waren und sind, kürzen sie genauso und wollen zusätzlich MigrantInnen vom Sozialsystem ausschließen.

Wir brauchen eine Gesellschaft, die alten Menschen eine menschenwürdige Pflege garantiert, die Frauen nicht zu kostenlosen Pflegekräften macht, allen die optimale medizinische Versorgung gewährt und die niemanden auf OP-Wartelisten nach hinten schiebt, weil das Geld fehlt. Wir brauchen eine sozialistische Alternative. Proteste gegen die Kürzungen im Gesundheitswesen stehen in direktem Widerspruch zur Regierungslogik. Statt die Schulden der Banken zu zahlen sollten diese verstaatlicht und unter Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten gestellt werden. Statt Geld für Banken und Unternehmen fordern wir Geld für Gesundheit und Bildung.

Mehr über konkreten Widerstand in Oberösterreich und der Steiermark auf den Seiten 2 und 3.



## Der Standpunkt

Von Sonja Grusch,  
SLP-Bundessprecherin

### WEF auch aus Wien vertreiben!

Mehrmals im Jahr treffen sich die Reichen und Mächtigen, um darüber zu reden, wie sie Reichtum und Macht sichern und ausbauen können. Anfang Juni findet ein solches Treffen in Wien statt. Konkret am 8. und 9. Juni beim Treffen des WEF, des Weltwirtschaftsforums.

Es handelt sich dabei um einen illustren Club. „Das WEF ist ein privater Verein, der 1971 als Plattform für europäische Topmanager gegründet wurde. Schnell entwickelte es sich zu einer weltweiten Institution, in der sich VertreterInnen der weltgrößten Konzerne, HerausgeberInnen der einflussreichsten Medien, Regierungschefs und IdeologInnen zusammenfinden.“ schrieb Vorwärts 2002 anlässlich des WEF-Treffens in Salzburg. Damals fand das bisher letzte Treffen des WEF in Österreich statt. Aufgrund der wütenden Proteste zog man künftig andere Orte vor. Damals regierte eine blau-schwarze Regierung und ihr sauberer Finanzminister Grasser. Heute ist der pseudo-soziale Faymann Bundeskanzler.

Beim WEF-Treffen geht es um Europa und Zentralasien. Konkret haben die europäischen Top-KapitalistInnen Sorge, dass die angeblich zu regulierte europäische Wirtschaft gegenüber der asiatischen Konkurrenz gebremst wird. Denn diese wird nicht durch lästige Umweltauflagen oder ArbeitnehmerInnen-Schutzbestimmungen „eingengt“. So fordert das WEF dann auch „Strukturreformen, insbesondere im Bereich Arbeit“. Also weg mit all den hemmenden Kollektivverträgen, dem Mutterschutz, Nacht- oder SchwerarbeiterInnenzuschlägen. Jugendliche brauchen keinen besonderen Schutz, ebenso wenig die Umwelt. Hauptsache, der Wirtschaft nützt es.

Grasser hat 2002 klargemacht, dass eine Regierung die WEF-Richtlinien umsetzen muss. Faymann & Fekter werden es nicht anders halten. Da bleibt dann von der sozialen Fassade des rosaroten Werner nichts mehr übrig. Er diniert mit den Reichen, hofiert die Wirtschaft und integriert die Mächtigen.

Auf der anderen Seite steht die wachsende Zahl von Arbeitslosen, von Armen, von Opfern der Wirtschaftskrise und der Regierungspolitik. Sie können zwar nicht mitreden, sind aber die Leidtragenden von WEF & Co. Am 8. und 9. Juni wird es – wie schon 2002 in Salzburg – Proteste gegen dieses Treffen geben. Ziel ist es, sie endgültig zu verjagen!

### Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: digiDruck, 1100 Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnummer: 327808W97U; Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

## Der Widerstand gegen die Spitalsreform in Oberösterreich wächst weiter

# Spitalsreform jetzt verhindern!

Von Lisa Wawra, SLP-Gmunden

Das von der schwarz-grünen Landesregierung geplante Sparpaket stößt auf Widerstand. Allein im Innviertel wurden bis dato über 90.000 Unterschriften gesammelt, bei 200.000 EinwohnerInnen. Im Bezirk Braunau allein haben über zwei Drittel der Wahlberechtigten unterschrieben.

### Politik unter Druck

Ende April sah sich LH Pühringer bei der Eröffnung der Gesundheitsmesse in Braunau mit ca. 200 DemonstrantInnen mit Operationsmaske vorm Gesicht konfrontiert. Die Demo wurde kurzfristig auf die Beine gestellt und zeigt den großen Unmut auch seitens der Beschäftigten, die diese Reform nicht einfach hinnehmen wollen. Und auch von Kampfmaßnahmen wird schon gesprochen.

In Gmunden organisierte die SLP gemeinsam mit Betroffenen eine lautstarke 1. Mai-Demo gegen die Einsparungen.

### Wir können uns keine Einsparungen mehr leisten.

362 Millionen Euro, 760 Spitalsbetten sowie sieben Abteilungen in Spitälern sollen gestrichen werden. Das können wir uns nicht leisten! Ein Zuwart oder ein fauler Kompromiss, wie ihm der ÖGB in der Steiermark zugestimmt hat, ist aus der Sicht vieler Betroffener nicht möglich. Die Erfahrung zeigt, dass eine Demonstration nicht reicht. Spätestens am 9. Juni müssen wir die nächsten Kampfschritte diskutieren und beschließen, um dem Paket nicht nur die Giftzähne zu ziehen, sondern um zu verhindern, dass es Anfang Juli überhaupt beschlossen wird.

### Kämpfen wie in Deutschland

Das Beispiel der Charité in Berlin zeigt aktuell, wie auch im Gesundheitsbereich Kämpfe geführt und gewonnen werden können. Im größten Lehrkrankenhaus Europas kam es im Mai zu einem Vollstreik für eine Lohnerhöhung von 300,-



Foto: AG

Euro. Es wurde eine Woche gestreikt und auch die Angestellten einer ausgegliederten Servicefirma beteiligten sich. Bis jetzt konnten bereits eine Reihe von Zugeständnissen von der Unternehmensleitung erkämpft werden.

### An ihren Taten sollst du sie messen!

Alle Parteien sind für die Kürzungen. Die „soziale“ (?) Heimatpartei FPÖ wird den Kürzungen zustimmen, die Grünen sind mit der ÖVP in der Landesregierung und die SPÖ kündigt ebenfalls ihre Unterstützung an. Gleichzeitig distanzieren sich ÖVP-BürgermeisterInnen aufgrund des Drucks und auf Gemeindeebene sind SPÖ- und Grüne-Mitglieder/AktivistInnen Teil der Proteste. Entscheidend wird hier sein, wie ernsthaft ihr Widerstand ist. Sind sie bereit, Kampfmaßnahmen zu organisieren, oder bleibt es bei Briefen, Unterschriften und Demos? Wie werden sie sich verhalten, wenn – sollte das Paket beschlossen werden – die verkleinerten Budgets an die Gemeinden weitergegeben werden? Werden sie dann „leider wir können nicht anders“ den Mangel verwalten

und die Kürzungen exekutieren? Oder werden sie sich wirklich auf die Seite der Betroffenen stellen, wie das 1984 im britischen Liverpool geschehen ist. In Liverpool setzte der sozialistische Stadtrat die Kürzungen der neoliberalen Thatcher-Regierung nicht um. Im Gegenteil, es wurden neue Wohnungen gebaut und die Arbeitszeiten bei den Gemeindebediensteten wurden bei vollem Lohn verkürzt. Dies war möglich durch eine Massenbewegung in Unterstützung des sozialistischen Stadtrates. Es gab Massendemonstrationen und Generalstreiks und die Stadtregierung konnte sich auf die Unterstützung der Bevölkerung verlassen.

### Aktionskonferenz jetzt!

Um auch bei uns Beschluss bzw. Umsetzung der Kürzungen erfolgreich verhindern zu können, müssen wir jetzt gemeinsam handeln. Wir schlagen dazu eine oberösterreichweite Aktionskonferenz vor. Betroffene, PatientInnen, Personal der Krankenhäuser sowie GewerkschafterInnen und AktivistInnen können hier gemeinsam eine Strategie für die nächsten Schritte zur

erfolgreichen Abwehr des Sparpaketes erarbeiten und beschließen. In vielen Ortschaften gibt es bereits Zusammenschlüsse von Menschen, die „was tun“ wollen. Sie müssen einbezogen werden. Nicht ein paar ÖGB-SpitzenfunktionärInnen dürfen einem faulen Deal zustimmen, wie in der Steiermark, sondern die AktivistInnen selbst müssen entscheiden und diskutieren. Nur wenn gemeinsam diskutiert und beschlossen wird, kann verhindert werden, dass die Landesregierung die einzelnen Orte gegeneinander ausspielt. In offenen Betriebs- und Dienststellenversammlungen muss darüber diskutiert werden, welche Veränderungen tatsächlich nötig sind, um die medizinische Versorgung und die Arbeitsbedingungen zu verbessern – es ist genug Geld da (z.B. für den Linzer Westring!). Beschäftigte und PatientInnen sind die echten ExpertInnen! Sie müssen die nächsten Kampfschritte fixieren – z.B. einen Tag lang in Oberösterreich alles still stehen lassen, alle gemeinsam protestieren – gegen die Spitalsreform. Ein solcher landesweiter Streik kann ein entscheidender Schritt zur tatsächlichen Abwehr der Reform sein.

Seit 1994 haben sich die Mieten verdreifacht. Vor allem Junge sind betroffen.

## Skandal: Wohnen wird zum Luxus

von Nora Brandes, SLP-Wien

Wohnkosten in Österreich explodieren. Mieten in Neubauten sind gesetzlich nicht begrenzt, die Gesetzeslage für Altbauten ist zahnlos: Zu einem Richtwertmietzins dürfen VermieterInnen Zuschläge in unbegrenzter Höhe verlangen (z.B. für Lage im Zentrum, im Grünen, Balkon, etc.). Seit dieser seit 1994 geltenden Regelung haben sich die Mieten mehr als verdreifacht.

Am privaten Wohnungsmarkt müssen hohe Maklerprovisionen bezahlt werden. Ablöse und Kaution kommen beim Abschluss eines Mietvertrags hinzu. Für Studierende, die aufgrund ihrer noch nicht abgeschlossenen Lebensplanung öfters Wohnung wechseln, sind diese hohen Anfangskosten besonders ungünstig. Durch das Überhandnehmen befristeter Verträge sind MieterInnen auch öfters zum Umzug gezwungen bzw. vom guten Willen der Vermie-

terInnen abhängig. Der Zugang zu Gemeindewohnungen ist restriktiv und willkürlich geregelt und mit langen Wartezeiten verbunden. In Wien werden seit den 1990ern keine Gemeindewohnungen mehr gebaut. Stattdessen wird der Bau privater Genossenschaftswohnungen gefördert. Diese ersetzen Gemeindewohnungen aber nicht, denn hier müssen die MieterInnen beim Einzug hohe Anteilssummen zahlen. Da noch von sozialem Wohnbau zu reden, ist ein Hohn.

### Situation der Studierenden

Viele Studierende leben unter der Armutsgrenze. 20% müssen mit einem Monatsbudget von max. 600 Euro auskommen. Auf die (viel zu niedrige) Mindestsicherung haben Studierende keinen Anspruch, Stipendien sind zu niedrig, werden willkürlich und restriktiv vergeben. 2/3 müssen neben

dem Studium arbeiten. Viele brauchen Geld von den Eltern. Die Kürzung der Familienbeihilfe verschärft die Situation. 20% der Studierenden leben noch bei den Eltern, weil sie sich keine Wohnung leisten können. Denn: Wohnkosten fressen ca. 1/3 des studentischen Geldbörse!

Studierendenwohnheime sind die günstigste Wohnmöglichkeit. Jede/r 10. Studierende wohnt in einem Heim. Gerade Studierende mit wenig Geld brauchen Heimplätze. Nun wird die Situation noch prekärer werden: Durch geplante Kürzungen bei Förderungen für Studierendenwohnheime werden voraussichtlich ab 2014 keine neuen Heime gebaut und die Mieten für bereits bestehende Heime um bis zu 100 Euro steigen. Im rot-grünen Wien steht mit dem stadteigenen Haus Döbling das günstigste Heim mit 850 Plätzen vor dem Abriss. Das sind 5% aller Plätze in Wien! Diese sollen durch Genossen-

schaftswohnungen ersetzt werden, mit denen – im Gegensatz zu Studierendenwohnheimen – Profit gemacht werden darf.

### Für Wohnraum nach den Bedürfnissen der MieterInnen!

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und ein Menschenrecht. Wir fordern:

- ▶ klare Obergrenzen bei Mieten
- ▶ Wohnkosten dürfen max. 10% des Einkommens ausmachen!
- ▶ öffentliches Investitionsprogramm in den Wohnbau
- ▶ Ausbau und Vergünstigung von Heimplätzen
- ▶ Studierendeneinkommen von 1.300 Euro – denn auch Studieren ist Arbeit
- ▶ Geld ist genug da, um das zu finanzieren. Holen wir es uns von denen, die es haben!

# Lohn statt Hohn!

*Löhne müssen erkämpft werden, sowohl im Gesetz als auch im Kollektivvertrag!*

von Helga Schröder, SLP-Wien

Die Unternehmen profitieren von der Krise durch den Druck auf ArbeiterInnen. Viele können von ihrem Job nicht leben und mit prekären Beschäftigungen werden Arbeitsrecht und Kollektivverträge umgangen. Gleichzeitig sind Managementeinkommen, BankerInnen-Boni und Unternehmensgewinne gestiegen. Es kann ja nicht sein, dass viele für ihre Arbeit nicht einmal zehn Euro pro Stunde bekommen! Die Herrschenden schwafeln vom „Leistungsprinzip“ und meinen damit Lohnkürzungen und Sozialabbau. Was tun gegen die Hungerlöhne? Dazu gibt es eine Debatte über Kollektivvertrag bzw. gesetzlichen Mindestlohn.

## Was spricht gegen einen gesetzlichen Mindestlohn?

(Mindest)löhne sind in Kollektivverträgen geregelt, einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn gibt es nicht. Dagegen spricht, dass er dem Gesetzgeber die Materie überlassen und den Gewerkschaften entziehen würde. Außerdem birgt er die Gefahr einer Nivellierung nach unten durch Unterlaufen der Kollektivverträge.

## Löhne werden durch Kräfteverhältnis bestimmt & müssen erkämpft werden.

Deshalb darf ein gesetzlicher Mindestlohn keinesfalls an die Stelle von kollektivvertraglich geregelten Löhnen treten. Die Höhe der Löhne ist im bestehenden kapitalistischen System durch das Kräfteverhältnis zwischen ArbeiterInnen und Herrschenden bestimmt, nicht durch Gesetz oder KV.



Weil der Gesetzgeber im Interesse von Unternehmen agiert, müssen Löhne erkämpft werden. Dazu braucht es aber kämpferische Gewerkschaften. Weil es daran mangelt, sind die kollektivvertraglichen Löhne viel zu niedrig. Und es bestehen zahlreiche Umgehungsmöglichkeiten: Einerseits werden Arbeitsrecht und Kollektivverträge durch verschiedene Formen prekärer Beschäftigung umgangen. Andererseits existiert für viele Beschäftigten wie etwa ZahnarztassistentInnen kein Kollektivvertrag. Projektbeschäftigung, Befristungen, Werkverträge, Zwangsmaßnahmen für Erwerbslose, Ausbildungs- oder Probeverhältnisse, freie Dienstverträge, Scheinselbstständigkeit, Abhängigkeit von illegaler Beschäftigung und Ausgliederungen ermöglichen Niedriglohn- oder gar unbezahlte Arbeit jenseits aller Kollektivverträge.

Der ÖGB gibt an, es seien 98 % durch Kollektivvertrag abgedeckt.

Diese Zahl stimmt nicht, wenn man alle Umgehungen berücksichtigt. Tatsächlich hat ein wachsender Teil der Beschäftigten von Kollektivvertragslöhnen nichts und ist auch nicht gewerkschaftlich vertreten oder organisiert. Hinzu kommt, dass die Gewerkschaften bei Kollektivvertragsverhandlungen vor Kampfmaßnahmen zurückschrecken. Das führt auch innerhalb der Anwendung von Kollektivverträgen zu Reallohnverlust.

## Einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn als Absicherung nach unten und weit darüber liegende KV-Löhne

Um die Niedriglöhne bis hin zu unbezahlter Arbeit abzuwehren, ist ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn als Notmaßnahme nötig. Ein gesetzlicher Mindestlohn kann aber nur einer von vielen Kampfschritten sein. Er kann nur als Sockel dienen, als absolutes Minimum, das nicht

unterschritten werden kann. Er kann keinesfalls den Kampf für höhere Löhne in Kollektivverträgen ersetzen, ihn aber antreiben. Ein gesetzlicher Mindestlohn muss zum Leben reichen und „automatisch“ zumindest mit der Inflation erhöht werden. Das bedeutet menschenwürdiges, völlige Teilnahme an der Gesellschaft ermöglichendes, deutlich über der Armutsgrenze liegendes Einkommen. Dieser Mindestlohn muss für alle Beschäftigten gelten, unabhängig von KV-Zugehörigkeit oder rechtlicher Qualifikation der Beschäftigung, sowie unabhängig von ihrem Aufenthaltstitel. Niedriglohn- und unbezahlte Jobs können nur bekämpft werden, wenn auch das Arbeitslosengeld die gleiche Mindesthöhe hat und Zwangsmaßnahmen, die letztlich Billigjobs oder unbezahlte Arbeit darstellen, abgeschafft werden. Warum dann jemand noch arbeiten soll? Weil im Kollektivvertrag

weit über dem Mindestlohn liegende Löhne von der Gewerkschaft erkämpft werden.

## Mit kämpferischen Gewerkschaften zu höheren Löhnen für alle

Ein gesetzlicher Mindestlohn stellt ein Minimum dar, zusätzlich zur Erkämpfung von höheren Löhnen auf KV-Ebene. Er kann nur als Übergangslösung gegen die momentan schlimmsten Ausbeutungsformen dienen. Gewerkschaften müssen deutlich höhere KV-Löhne erkämpfen. Schluss mit dem Minimieren von Verschlechterungen, die dennoch Verschlechterungen bleiben! Hin zu deutlichen Verbesserungen im Kollektivvertrag – wenn nötig mit Kampfmaßnahmen! Dazu gehören KV-Löhne, die deutlich über einem gesetzlichen Mindestlohn liegen, die Abschaffung sämtlicher Umgehungsmöglichkeiten und die Durchsetzbarkeit der Löhne durch effektive Organisation und Vertretung. Jene, für die kein KV gilt, müssen auch ohne Existenzbedrohung bessere Bedingungen erkämpfen können. Die Gewerkschaft muss sie, wie auch Erwerbslose, nicht nur auf dem Papier organisieren, sondern mit ihnen gegen Zwangsmaßnahmen kämpfen und den Streikfonds einsetzen. Dann muss branchenübergreifende und lückenlose Anwendbarkeit von KV erkämpft werden. Aber auch ein gesetzlicher Mindestlohn muss erkämpft statt erbeten werden. Auf kollektivvertraglicher Ebene müssen deutlich über dem Mindestlohn liegende und weit über dem jetzigen Niveau liegende Löhne erkämpft werden – wenn es sein muss, mit Streik.

Steiermark

## ÖGB lässt Betroffene im Stich

von Moritz Erkl, SLP-Graz

Gegen das Ende April vom steirischen Landtag beschlossene drastische Sparpaket gab es heftigen Widerstand. Erst nach großem politischen Druck unterstützte auch der ÖGB die Proteste. Am 17. 5. gingen dann SPÖ, ÖVP und ÖGB plötzlich an die Öffentlichkeit. Stolz brüsteten sie sich, dem steirischen Sparpaket die „Giftzähne gezogen“ zu haben! Tatsächlich hat sich der ÖGB auf einen faulen Kompromiss auf dem Rücken der Betroffenen eingelassen. SPÖ und ÖVP bleiben bei den Einsparungen und der ÖGB steigt wieder aus dem gemeinsamen Widerstand aus. Die Opfer der Kürzungen werden von der steirischen ÖGB-Spitze im Stich gelassen. Mit diesem „Deal“ trägt die steirische ÖGB-Spitze u.a. die Mitverantwortung für hunderte Kündigungen. Die Basis ist schockiert.

Worum geht's konkret? Bei den Geldern für Menschen mit Behinderung sollen nun anstatt der geplanten 21 Millionen „nur“ 17 Millionen eingespart werden, und ein Drittel der Pendlerpauschale trägt die AK. Im Behindertenbereich werden anstatt ca. 1.000 Stellen „nur“ ca. 750 gestrichen.

## Widerstand geht weiter: Öffentliche Aktionen der Plattform 25 im Juni

Der kleine Rückzug der Landesregierung zeigt, was mit entsprechendem Widerstand zu erreichen wäre. Wie viel mehr hätte verhindert werden können, wenn die durch eine beeindruckende TeilnehmerInnenzahl erfolgreichen Demonstrationen und Aktionen mit öffentlichen Betriebsversammlungen verbunden worden wären?! Viele Sozialbetriebe kamen mit ihrer gesamten Belegschaft und KlientInnen zu den Protestaktionen. Doch ÖGB und die politische Opposition – KPÖ und Grüne – haben den Kampfwunsch der Bevölkerung unterschätzt. Sie haben kein Konzept für eine kämpferische Bewegung, die das gesamte Sparpaket zu Fall bringen kann.

Die SLP tritt für die schnellstmögliche Durchführung einer Aktionskonferenz der Plattform 25 ein, um weitere Schritte zu planen. Nur weil die ÖGB-Spitze in die Knie gegangen ist, heißt das nicht, dass die Mitglieder auch tun. Viele wollen den Widerstand in die Betriebe tragen. Es wird Zeit, mit Betriebsversammlungen und Streiks Druck zu machen – auf Landesregierung UND ÖGB.

Die Repressionen gegen Arbeitslose gehen weiter

## Alles Mit Schikanen



von Klemens Krenek und Alex Svojtka, SLP-Wien

Obwohl die jüngste OECD-Prognose für Österreich ein Wirtschaftswachstum von 2,9% prophezeit, wird sich an den Arbeitslosenzahlen nicht viel ändern: So bleibt die Quote im Euro-Raum laut OECD im Schnitt deutlich über 9%. Beschäftigungspolitik à la Hartz IV bleibt also auf der Tagesordnung. Das heißt für den Wiener (Arbeitslosen-)Rechtsanwalt Dr. Herbert Pochieser schlicht: „Restriktionen, Restriktionen, Restriktionen“.

Klaus Niemeyer (Name v. d. Red. geändert) ist einer von 65.421 Menschen (Quelle: BMSAK, Stand April 2011), die als Schulungsteilnehmer-

Innen des AMS Lebensbäume zeichnen, in Rollenspielen agieren und auch sonst jeden Unsinn über sich ergehen lassen müssen, den die moderne Sozialpsychologie noch nicht verboten hat. Er gilt zwar als arbeitsuchend, aber nicht als arbeitslos. Das schönt die Statistik, er selbst aber empfindet das, wie so viele – mit Recht – als Schikane: „Ich mache so einen ‚Kurs‘ jetzt schon zum 5. Mal. Diesmal habe ich im Einzelcoaching genau den Lebenslauf bearbeiten dürfen, den ich im letzten Kurs vor sechs Monaten genau hier in diesem ‚Institut‘ unter Anleitung geschrieben habe“.

Anstatt der punktgenauen Behebung von Qualifikationsmängeln oder Defiziten dienen viele der verpflichtenden Maßnahmen schlicht dazu, Erwerbslose zu disziplinieren und ihnen eine „eigene Schuld“ an ihrer misslichen Lage einzureden. Man kann sich leicht ausmalen, was das für die Psyche vor allem Jugendlicher bedeutet, die noch nie im Berufsleben gestanden haben und die so den Eindruck gewinnen müssen, sie seien „nichts wert“. Es ist ein Zynismus, dessen „Bösartigkeit System hat“ so Pochieser weiter.

Dazu kommen „Maßnahmen“, die Arbeitslose bei Androhung einer Be-

zugssperre verpflichtet, in sogenannten sozialökonomischen Beschäftigungsbetrieben befristet zu arbeiten. Nach sechs Monaten pilgern die Betroffenen dann wieder zum AMS, haben aber eine neue und geringere Bemessungsgrundlage und bekommen ergo in Folge noch weniger Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe. „Das ist blanke Enteignung“, empört sich Pochieser, der diese Praktik als Umgehungsgeschäft qualifiziert und dagegen beim VfGH Beschwerde eingebracht hat: Was hergehört, ist ein Rechtsanspruch auf sinnvolle Kurse.

Um sich gegen die Schikanen des AMS wirklich wehren zu können, braucht es eine effektive Arbeitslosenvertretung: Hier muss man die Gewerkschaften und die AK in die Pflicht nehmen. Denn jedeR, der/die heute noch in Lohn und Brot steht, kann morgen schon arbeitslos sein. Er/sie bleibt dennoch ArbeiterIn und hat nichts anderes zu verkaufen, als die Arbeitskraft. Es sind derzeit offiziell 320.000 Menschen, die es kämpferisch zu vertreten gilt. Es geht darum, statt der Arbeitslosen die Arbeitslosigkeit als solche zu bekämpfen – das heißt konkret: Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohn/Gehalt.

## Zapfenstreich fürs Bundesheer?

von Pablo Hörtner, SLP-Wien

„Unser Heer“: Ein Skandal folgt auf den anderen. Das Bundesheer ist in der öffentlichen Wahrnehmung zu einem Schauplatz politischer Machtspiele geworden. Während Geld für Bildung und Soziales fehlt, kommen uns die Abfangjäger von Tag zu Tag teurer.

Immer mehr Menschen fragen sich, wofür das Heer eigentlich noch benötigt wird, bestand doch seine Hauptaufgabe angeblich in der Wahrung der „immerwährenden Neutralität“ während des Kalten Krieges. Der viel strapazierte Katastrophenschutz ließe sich schließlich auch anders (=zivil) organisieren.

Nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ 1989 und der Auflösung des Warschauer Pakts unterstützte das österreichische Militär die Polizei beim Grenzschutz, also beim Abpassen „illegaler Einwanderer“ an der Grenze. Zusätzlich kommt dem Heer seit 1960 eine besondere Rolle bei internationalen Einsätzen zu. Dass diese unter UN-Mandat stehen, bedeutet keineswegs, dass es sich hierbei um „friedliche Missionen“ handelt. Seit 1995 ist das Bundesheer Teil der „Partnerschaft für Frieden“ der NATO.

### Hauptaufgabe: Gegen die „eigene“ Bevölkerung

Weniger bekannt ist, dass eine der drei verfassungsmäßigen Aufgaben des Heers in der Erhaltung von Ordnung und Sicherheit innerhalb des Landes besteht (amtsdeutsch für Aufstandsbe-kämpfung). Kurz: Die Unterstützung der Polizei bei der Niederschlagung von Protesten. Und diese werden mit großer Wahrscheinlichkeit zunehmen, denn die Krise ist keineswegs vorbei, wie die jüngste Protestwelle in Spanien zeigt. Der Unmut unter der Bevölkerung wächst. Das bekommen auch die Herrschenden zu spüren. Sie gründen (mit Unterstützung der Grünen) EU-Battle-Groups, schränken BürgerInnenrechte ein und verstärken Repression und Überwachung, um sich gegen den „Feind im Inneren“ zu wehren. Die Hauptaufgabe des Heeres ist also nicht der „Schutz“ Österreichs oder der „Neutralität“, auch nicht der „Katastrophenschutz“ – sondern der Schutz von Vermögen und Besitz der herrschenden Klasse gegen „die eigenen Leute“.

### Berufsheer, Abschaffung oder was sonst?

Das Bundesheer ist laut Verfassung (Artikel 79) ein Milizheer, d.h. es besteht nur zum Teil aus BerufssoldatInnen (ca. 25.000). Insgesamt sind etwa ein Achtel der österreichischen Bevölkerung ausgebildete Wehrpflichtige, wodurch sich eine starke Durchmischung mit der Bevölkerung ergibt. Daher ist es nicht so einfach, Sol-

datInnen auf demonstrierende ArbeiterInnen schießen zu lassen, wie das in Österreich 1934 bereits der Fall war. Die von Minister Darabos (SPÖ), den Grünen und Anderen angestrebte Umwandlung der Armee in ein reines Berufsheer würde in Krisenzeiten ein „hartes Durchgreifen“ gegen „aufmüpfige Teile der Bevölkerung“ erleichtern. Ein Rambo-Heer als Teil eines noch stärker rechtsextrem durchgesetzten Sicherheitsapparates wäre die Folge.

Österreich war bekanntermaßen nie wirklich neutral, sondern hat Waffen an Diktaturen geliefert, aktiv in Kriege interveniert und auch propagandistisch stets mit antikommunistischer Rhetorik für den globalen Kapitalismus die Trommel gerührt. Hier gibt es aus unserer Sicht nichts zu verteidigen. Die Forderung nach Abschaffung des Heeres (wie von SJ, KPÖ und Anderen aufgestellt) suggeriert, dass ein solches Ziel innerhalb des Kapitalismus möglich wäre. Das ist eine Illusion: vielmehr nehmen Militarismus und Aufrüstung wieder zu. Der Ruf der Rechten nach Law & Order und einem starken Staat wird immer stärker. Auch bei einer formalen Abschaffung des Bundesheeres würde das keine Ent-Militarisierung bringen, sondern nur die Verlagerung der „bewaffneten Formationen“ (Engels) auf andere Strukturen, wie Spezialeinheiten der Polizei, Geheimdienste etc. Der Ruf nach Berufsheer bzw. Abschaffung ist also bestenfalls naiv, in seinen Folgen im Rahmen eines kapitalistischen Staates aber eine reale Aufrüstung gegen die ArbeiterInnenklasse.

### Weg mit diesem Heer

Für viele (männliche) Jugendliche wäre die Aufhebung der Wehrpflicht eine schöne Nachricht. Der Drill, die Vergeudung von Lebenszeit, die undemokratische Hierarchie, rechte Vorgesetzte, kaum Geld – positive Erinnerungen haben wenige. Das bestehende Milizheer ist ebenfalls Teil des bürgerlichen Staates und seines Repressionsapparates. Wir fordern daher umfassende demokratische Rechte für alle SoldatInnen, die Wahl- und Abwählbarkeit von Vorgesetzten, eine ordentliche, kollektivvertragliche Bezahlung von SoldatInnen und volle gewerkschaftliche Rechte. Wir treten für eine demokratisch organisierte Miliz unter Kontrolle der ArbeiterInnenenschaft nach Vorbild der Pariser Kommune von 1871 ein. Damals, vor exakt 140 Jahren, haben ArbeiterInnen und Arbeitslose, LehrerInnen und SoldatInnen „ihre“ UnterdrückerInnen aus Paris vertrieben und selbst die „Macht im Staat“ übernommen. Alle FunktionärInnen, Staatsleute und Generäle konnten jederzeit gewählt und abgewählt werden und verdienten nicht mehr als einen Durchschnittslohn.

braucht man doch nicht eine Spur unseres weitläufigen und verwickelten Verwaltungsapparates. ... Alle sind gleich und frei – auch die Weiber. Für Sklaven ist noch kein Raum, für die Unterjochung fremder Stämme ... auch nicht.“ (Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates)

Mit der Entwicklung neuer Anbaumethoden, Viehzucht und komplizierterer, teurerer Werkzeuge entsteht Privateigentum. Die Teilung der Menschen in Besitzende und Besitzlose bildet sich – eine Klassengesellschaft entsteht. Um Eigentum und Privilegien der Herrschenden gegenüber der Masse der Besitzlosen zu verteidigen, ist ein Machtapparat notwendig. Staatliche Strukturen entstehen. Sie sind die zentralen Mittel der Unterdrückung der SklavInnen im antiken Rom, der Leibeigenen im feudalen Europa und der ArbeiterInnenklasse in der modernen kapitalistischen Gesellschaft. Wenn aber die „Notwendigkeit“ staatlicher Strukturen durch das Privateigentum an Produktionsmitteln entsteht, kann durch dessen Aufhebung – also die Vergesellschaftung der Produktionsmittel unter demokratischer Kontrolle und Planung durch die gesamte Gesellschaft – auch der Staat als Unterdrückungsapparat überwunden werden.

## Marxismus aktuell: Die Ursprünge des Staates

MarxistInnen gehen davon aus, dass gesellschaftliche Institutionen, Verhaltensweisen, Ideologien, etc. nicht vom Himmel gefallen sind oder „immer schon so waren“. Sie sind auf der Grundlage ökonomischer und sozialer Notwendigkeiten von Menschen geschaffen worden. Das gilt auch für Staaten.

Seit dem 19. Jahrhundert gibt es eine intensive Erforschung von Urgesellschaften, also Gesellschaften in denen sich das Privateigentum an Produktionsmitteln (Werkzeug, Land, etc.) noch nicht durchgesetzt hat, oder zumindest nicht der bestimmende wirtschaftliche Faktor ist. Gemein ist die Erkenntnis, dass in diesen Urgesellschaften auch keine staatlichen Strukturen als Macht- und Unterdrückungsapparate existierten. Warum? Vereinfacht gesagt, weil sie weder möglich noch notwendig waren. Friedrich Engels fasst zusammen: „Ohne Soldaten, Gendarmen und Polizisten, ohne Adel, Könige, Statthalter, Präfekten oder Richter, ohne Gefängnisse, ohne Prozesse geht alles seinen geregelten Gang. Allen Zank und Streit entscheidet die Gesamtheit derer, die es angeht, ... die Haushaltung ist einer Reihe von Familien gemein und kommunistisch, der Boden ist Stammesbesitz, nur die Gärtchen sind den Haushaltungen vorläufig zugewiesen, so



„Der Staat“ ist kein selbständiges Konstrukt, sondern im Dienst der herrschenden Klasse: Polizei, Gefängnisse, Ämter, Behörden und der Groß-

von Jan Rybak, SLP-Salzburg und  
Tilman M. Ruster, SLP-Jugend

AktivistInnen in sozialen Bewegungen, streikende ArbeiterInnen, AntifaschistInnen, Tier-schützerInnen – sie alle und viele mehr sind regelmäßig mit staatlicher Repression konfrontiert. Während RechtsextremistInnen in der Hofburg tanzen (WKR-Ball), prügelt die Polizei auf AntifaschistInnen ein und führt willkürlich Verhaftungen durch. Da ist es verständlich, wenn manche den Staatsapparat als den eigentlichen Feind betrachten und ihn direkt angreifen wollen. Andererseits ist auch der Glaube an die „Neutralität“ des Staates und die Hoffnung, in seinem Rahmen grundsätzliche Veränderungen erreichen zu können, ein Trugschluss.

Doch was ist „der Staat“? Tatsächlich ist er kein selbständiges Konstrukt. Er ist ein „Staatsapparat“ im Dienst der herrschenden Klasse. Polizei, Militär, Gerichte, Gefängnisse, Ämter, Behörden und der Großteil der Medien sind Instrumente der herrschenden Klasse. Ihre Kernaufgabe ist die Aufrechterhaltung der „Ordnung“.

„Die bisherige, sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, das heißt eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußeren Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit).“

Friedrich Engels (Anti-Dühring)

### Nicht unsere „Ordnung“!

Staaten entstanden, um Besitz und Privilegien der herrschenden Klasse nach innen und außen durchzusetzen. So sehr sich Strukturen, Rechtsnormen, etc. auch veränderten, die Kernaufgabe bleibt bestehen, so lange die Existenzberechtigung (Verteidigung der Macht der Herrschenden) besteht. Was die „Ordnung“ der KapitalistInnen bedeutet, sehen wir täglich: Eine Milliarde Menschen sind weltweit unterernährt. In einem der reichsten Länder der Welt – Österreich – leben ca. eine Million an oder unter der Armutsgrenze. Wenn sie beginnen für ihre Interessen zu kämpfen, wird die kapitalistische „Ordnung“ schnell mit Gewalt verteidigt. PolizistInnen prügeln DemonstrantInnen oder schieben Flüchtlinge ab. Sie sind – auch aus Sicht der KapitalistInnen – Mittel zum Zweck. Sie ma-

chen sich mitschuldig, sind aber nicht die Ursache für die Unterdrückung. Denn die einzelnen prügelnden PolizistInnen verteidigen z.B. nicht ihre eigenen Privilegien – auch in Österreich zählen die PolizistInnen nicht zu den Superreichen. Sie spielen ihre Rolle bei der Aufrechterhaltung der „Ordnung“. Wer also gegen staatliche Gewalt vorgehen will, muss die gesellschaftlichen Grundlagen ändern – also dafür kämpfen, den Kapitalismus zu überwinden.

### Macht um jeden Preis

Weil die wichtigste Aufgabe des bürgerlichen Staates die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung ist, gerät der Staat immer wieder in Konflikt mit eben jenen Menschen, die gegen Missstände und Ungerechtigkeiten rebellieren und nicht bereit sind, sich und alles andere Profiteuren unterzuordnen.

In wirtschaftlich und sozial stabilen Zeiten und Regionen hat die herrschende Klasse Spielraum, um den Forderungen einer Bewegung aus der Bevölkerung entgegenzukommen. Der Staat reagiert, kann (in Grenzen) MinisterInnen entlassen, ein Gesetz zurücknehmen oder erlassen, ein Bauprojekt stoppen... Ein solches Entgegenkommen ist für die Herrschenden oft die sicherere und v.a. billigere Lösung. Sie müssen abwägen, ob ein Nachgeben oder hartes Durchgreifen aus ihrer Sicht zu „effizienteren“ Ergebnissen führt. Wenn z.B. eine Regierung auf einem umkämpften Mega-Bauprojekt wie Stuttgart 21 beharrt, könnte schließlich nicht mehr nur das Bauprojekt, sondern auch die Regierung selbst gefährdet werden. Gibt die Folge-Regierung noch immer nicht nach, könnte gar der ganze Staat und damit das kapitalistische System zum Angriffs-Ziel der Bewegung werden. Doch auch ein Nachgeben kann gefährlich sein, weil es das Selbstvertrauen der Massen stärkt.

Weil unterschiedliche Teile des Kapitals neben dem gemeinsamen Interesse Machterhalt durchaus unterschiedliche Interessen und Strategien haben, gibt es z.B. verschiedene bürgerliche Parteien und unterschiedliche Konzepte zum Umgang mit Bewegungen. Aktuell sehen wir das bei den unterschiedlichen Strategien zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Die SPÖ fordert Deficit-Spending, ÖVP-Fekter will ein Nulldefizit. Im Kern ist die dahinterliegende Überlegung die gleiche, nämlich die Profiteure möglichst gut über die Krise zu retten.

### Wenn nichts mehr geht, geht's mit Gewalt

In bestimmten Situationen können Regierungen aber selbst starken oppositionellen Bewegungen nicht nachgeben. Ganz allgemein gilt das in Zeiten von Krisen, wie wirtschaftlichem Chaos, großen Naturkatastrophen oder auch

# ...at? Nicht unser Staat!

sondern ein „Staatsapparat“  
Militär, Gerichte,  
Teil der Medien sind

seine Instrumente. Weil seine wichtigste Aufgabe die Aufrechterhaltung der „Ordnung“ ist, gerät der Staat zwangsläufig in Konflikt mit jenen Menschen, die gegen Missstände und Ungerechtigkeiten rebellieren.

Kriegen. Da haben die Herrschenden keine Spielräume für Zugeständnisse und müssen unverschleierte und brutaler als sonst ihre Interessen durchsetzen. Das bedeutet dann härteste Kürzungspakete (Griechenland, Spanien etc.), Notstandsverordnungen (USA), Kasernierung von Menschen (Japan) etc. In solchen Zeiten wird sehr deutlich, wessen Interessen die Regierung dient. Das letzte, was ein bürgerlicher Staat dann noch brauchen kann sind Menschen, die ermutigt durch die Erfahrung einer erfolgreichen Bewegung ihre gemeinsame Stärke erkennen. Es werden also nicht nur die Konzepte der Herrschenden mit voller Härte umgesetzt, sondern auch jeder Widerstand dagegen brutal angegriffen.

Die meisten Regierungen versuchen, gesetzliche Grundlagen für ihren Repressionsapparat zu schaffen. Als Begründungen dafür halten angebliche innere und äußere Bedrohungen her. Terrorismus, ein feindlicher Staat, eine „gefährliche Ideologie“ oder schlicht der „Verfall der Sitten“ sind beliebt. Die „Anti-Terrorgesetz“ in den USA, aber auch in Österreich (§ 278ff StGB) werden in der Praxis allerdings gegen GewerkschafterInnen und andere AktivistInnen verwendet. In ganz Europa wird gerade jetzt, im Angesicht der Wirtschaftskrise, das Streikrecht ausgehöhlt, in Spanien werden Streikende sogar mit dem Kriegsrecht bedroht.

Der Grad der Härte hängt auch davon ab, ob noch Vertrauen in „den Staat“ existiert. Ist die Glaubwürdigkeit soweit zerstört, dass gewöhnliches Schönreden oder Ablenken nicht mehr funktionieren, ist die einzige Zuflucht Repression. Also: Die Anwendung von Gewalt oder anderen Zwangsmitteln gegen die eigene Bevölkerung. Das bedeutet natürlich nicht immer, Panzer gegen Demonstrationen einzusetzen. Repression setzt auf allen Ebenen an und ist von der individuellen Lage eines Staates und der Weltlage insgesamt abhängig; eben davon, wie viel Angst der Staat vor seinen BürgerInnen hat.

Z.B. lässt Gaddafi die eigene Bevölkerung bombardieren, während in Ungarn „nur“ die Pressefreiheit abgeschafft wird, in den USA die staatliche Überwachung flächendeckend ausgeweitet wird oder in Österreich Demos regelmäßig verboten und gewaltsam aufgelöst werden. Alle staatlichen Organe können zur Repression eingesetzt werden: In Ungarn wird diskutiert, arbeitslosen Roma die Kinder durch das Jugendamt wegnehmen zu lassen. Manchmal überlässt der Staat die Repression auch Anderen: Durch aktives Wegschauen ermöglicht er Angriffe von FaschistInnen oder religiösen Milizen auf Demonstrationen und Streiks. Zuletzt gab es im Mai faschistische Ausschreitungen in Athen um einen Generalstreik zu stören. Am 1. Mai 2009 griffen 200 Neo-Nazis unter den Augen der Polizei eine Gewerkschaftsdemo in Dortmund an.

## Repression: Schuss nach hinten

Im Allgemeinen ist die bürgerliche Demokratie in entwickelten kapitalistischen Staaten die beste, weil billigste und effizienteste Form. Sie gibt die Möglichkeit, die eigene Herrschaft „demokratisch“ zu „legitimieren“, flexibler zu sein und gleichzeitig die Herrschaft effizient auszuüben.

„Die Allmacht des ‚Reichtums‘ ist in der demokratischen Republik deshalb sicherer weil sie nicht von einzelnen Mängeln des politischen Mechanismus, von einer schlechten politischen Hülle des Kapitalismus abhängig ist. Die demokratische Republik ist die denkbar beste Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß kein Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik diese Macht erschüttern kann.“

Lenin (Staat und Revolution)

Aber wenn es aus Sicht der Herrschenden erforderlich ist, können auch sämtliche demokratischen Rechte abgeschafft und eine Diktatur errichtet werden. Der Kern von kapitalistischer Diktatur oder kapitalistischer bürgerlicher Demokratie ist der gleiche, nämlich die Sicherung der kapitalistischen Besitz- und Produktionsbedingungen – die Form ist allerdings unterschiedlich.

Blutige Repression kann die Macht der herrschenden Klasse gegen Widerstand vorübergehend retten. Die Proteste im Iran 2009 konnten vorerst niedergeschlagen werden. Solange aber die Ursache für den Unmut der Menschen nicht beseitigt wird, bleibt das System und sein Staat in Gefahr. Manchmal gelingt es der Bourgeoisie eines Landes einen neuen Staat mit stabilerer demokratischer Fassade zu etablieren, die eigentlichen Probleme der Menschen kann aber kein bürgerlicher Staat lösen. Das zeigt sich z.B. aktuell in Tunesien.

Staatliche Repression ist auch gefährlich für die herrschende Klasse, sie kann Bewegungen anfeuern. Nach den Angriffen der Polizei auf einen Schulstreik gegen Stuttgart 21 verdreifachte sich die TeilnehmerInnenzahl bei den folgenden Demos. In vielen arabischen Ländern haben die Revolutionen als Demokratiebewegungen begonnen. Auch in Österreich hat der Skandalprozess gegen die TierschützerInnen das Vertrauen in den bürgerlichen „Rechtsstaat“ schwer erschüttert.

## Den Staat für uns nutzen?

Wenn es auch für die herrschende Klasse günstiger ist, auf bürgerliche Demokratie zu setzen, warum diesen Staat dann nicht nutzen? Es ist sinnvoll, die Spielräume zu nutzen, die es gibt – sich legal organisieren können, seine Rechte gegen Unternehmen einklagen etc. Aber es ist eine Illusion, zu glauben der Staat wäre neutral. Denn auch bei allen existierenden Spielräumen bleibt dieser Staat das Werkzeug der herrschenden Klasse, um ihre Interessen gegen die ArbeiterInnenklasse durchzusetzen.

Sämtliche demokratischen und sozialen Rechte wurden uns nicht geschenkt, sondern oft unter großen Opfern erkämpft. Sozialgesetzgebung, die (formale) Gleichstellung von Männern und Frauen, Kollektivverträge und vieles mehr sind Errungenschaften von Bewegungen. Sie haben sich auf Grund der gesellschaftlichen Struktur eben in staatlicher Form – also in Form von Gesetzen, etc. – konstituiert. Das heißt aber nicht, dass der Staat soziale und demokratische Rechte garantieren würde. Zentral ist das Kräfteverhältnis zwischen ArbeiterInnenbewegung und KapitalistInnen. Ist es zu Gunsten der Herrschenden, können Errungenschaften der Vergangenheit rasch rückgängig gemacht werden. So wurde im Juni 2008 vom EU-Parlament die wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 auf 65 Stunden erhöht.

## Repression nach innen – Aggression nach außen

Zwischen den KapitalistInnen der unterschiedlichen Länder, und auch innerhalb eines Landes, herrscht Konkurrenz. Wenn Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, so ist es ebenfalls Aufgabe des Staates, die Profitinteressen der Herrschenden nach außen durchzusetzen. Auch mit Gewalt. Der ehemalige deutsche Bundespräsident Köhler erklärte die deutsche Besetzung Afghanistans: „Meine Einschätzung ist aber, ... dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege [sicherzustellen].“ In Folge dieses Anflugs von Ehrlichkeit musste er zurücktreten.

In diesem Zusammenhang stehen die aktuellen Entwicklungen in der EU. Der Glaube, die nationalstaatlichen Grenzen durch die EU überwinden zu können, stellt sich zunehmend als Illusion heraus. In Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs ließen sich die Interessen der verschiedenen europäischen KapitalistInnen noch besser vereinen. Aktuell sehen wir, dass mit der Wirtschaftskrise der „Kuchen“ kleiner wird und sich die KapitalistInnen auf die „eigenen“ Na-

tionalstaaten zurückziehen. Der Ausschluss Griechenlands und Portugals aus dem Euro-Raum wird diskutiert und Merkel denkt über eine „Kernunion“ der stärksten Länder nach. Auch im unmenschlichen Umgang mit Flüchtlingen aus Nordafrika wird klar – wenn es den „nationalen“ Interessen dient (= den Interessen der jeweils Herrschenden), wird EU-Regelwerk schnell über Bord geworfen.

## Gegen Staat und Kapital

Der Staat ist ein Mittel zum Zweck. Die Überwindung des Kapitalismus setzt darum nicht die Zerstörung des Staates voraus, sondern hat ihn zur Folge. In einer sozialistischen Gesellschaft werden die entscheidenden Bereiche der Wirtschaft vergesellschaftet sein und von den Menschen gemeinsam und demokratisch verwaltet werden. Der gesellschaftliche Reichtum wird nicht denen zu Gute kommen, die über Fabriken, Land, etc. verfügen, sondern der gesamten Gesellschaft. Nur eine Überwindung des Kapitalismus und seines Staates durch eine sozialistische Gesellschaft kann aus unserer Sicht auf Dauer Frieden und sozialen Wohlstand für alle bringen. In so einer Gesellschaft wird der Staat seine Existenzberechtigung verlieren.

„Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht ‚abgeschafft‘, ER STIRBT AB.“

Friedrich Engels (Anti-Dühring)

Neu!

basiswissen  
marxismus  
und staats

32 Seiten, DIN A5, Bestellen auf [www.slp.at](http://www.slp.at)



Ob es euch passt oder nicht – wir haben Sex!

## Gratisabgabe von Verhütungsmitteln

von Sedef Yavuz, SLP-Jugend

Jugendliche haben Sex. Nur haben wir als Jugendliche oft das Gefühl, nicht für voll genommen zu werden, was Sexualität, Verhütung und Abtreibungen betrifft. Wie genau der Sexualunterricht aussieht und wie auf die Bedürfnisse der Jugendlichen eingegangen wird, hängt von den jeweiligen LehrerInnen ab. In Biologie wird oft der Unterricht auf das technisch-biologische beschränkt. Im Religionsunterricht wird uns beigebracht, dass Sex etwas „heiliges“ sei. Und am Besten sollten wir ihn erst haben, wenn wir verheiratet sind. Eine Lehre anfangen mit 15 Jahren ist möglich, dazu ist mensch offensichtlich reif genug. Aber für Sex sind wir in dem Alter noch zu jung? Wir haben das Recht auf Sex. Unabhängig von Eltern und Krankenkasse.

### „Mein Kind hat doch keinen Sex!“

Auch im 21. Jahrhundert herrscht das konservative Bild einer Familie vor. Da sind die Eltern für solche „Privatangelegenheiten“ wie Sex zuständig. Da kommt dann allerlei Peinliches, und oft auch gar nichts dabei raus. Wo also bekommt mensch die Informationen her? Ein Großteil wird über die FreundInnen weitergegeben. Da ist es logisch, dass Gerüchte weitergetragen werden. Da sollen dann Cola light Spülungen oder Zitronen als Verhütungsmittel funktionieren. Auf dem selben Weg werden auch konservative Rollenbilder weitergeführt, dass Verhütung Frauensache ist und sich das weibliche Ge-

schlecht darum kümmert.

### Jährliche, fachgerechte Infos

In der 4. Klasse wird das Thema oberflächlich behandelt. Nur wenige Verhütungsmittel werden erklärt. Die Möglichkeiten einer Ansteckung werden nur kurz erwähnt. In der 8. Klasse, wo die meisten Jugendlichen schon längst ihre Erfahrungen gemacht haben, verlangt der Lehrplan, alles rund um Sexualität zu erklären. Reichlich spät!

Wir wollen Aufklärung ab dem Kindergarten und jährliche altersgerechte Informationstage, wo Jugendliche in getrennten Gruppen, ohne LehrerInnen in einer angenehmeren Atmosphäre mit ExpertInnen reden können. Vor Ort könnte alles über die Verhütungsmittel erklärt werden, vor allem wo mensch sie herbekommt.

### Kostenlose Verhütungsmittel ohne Kontrolle durch die Eltern

Verhütung ist teuer. Die Grünen fordern die Pille auf Krankenschein. Das ist aber nicht das einzige Verhütungsmittel. Es sollten alle Varianten kostenlos für Jugendliche zugänglich gemacht werden. Wichtig ist auch, dass die Abgabe ohne Kontrolle durch die Eltern möglich ist. Eine junge Frau, die bei den Eltern mitversichert ist, kann z.B. nicht zum Frauenarzt gehen, ohne dass ihre Eltern etwas mitbekommen. Aber es ist nicht die Entscheidung der Eltern, sondern unsere, ob wir Sex haben. Und Verhütung darf weder am Geld noch an den Eltern scheitern!

## SchülerInnen gegen Garagenterror

# Oben bleiben!\*

### \*Das Motto der S21-Proteste

Das Bauunternehmen STPM plant mit Unterstützung der Stadt Wien den Bau einer Tiefgarage unter dem Gymnasium Geblergasse im 17. Bezirk. Befürwortet wird dieses Projekt, das u.a. mit 5,6 Mio. Steuergeldern finanziert wird, von SPÖ, FPÖ und ÖVP. VORWÄRTS führte ein Gespräch mit Yanna Ndiaye, Schülerin des GRG17 und Organisatorin von SchülerInnenprotesten.

Was bedeutet der Bau der Tiefgarage für Euch?

Der Plan der Baufirma ist es, die Tiefgarage direkt unter die Schule zu bauen. Das bedeutet, dass der Schulhof inklusive Sportplatz (Volleyballplatz, Fußballplatz, Basketballplatz und Laufstrecke) und die erst letztes Jahr sanierten Turnhallen wieder unbenutzbar wären. Wir könnten nicht mehr in den Pausenhof und müssten sogar im Sommer in den Pausen in der Schule bleiben. Zusätzlich würde das viel Fahrzeit zu alternativen Turnhallen bedeuten. Für die geplante Bauzeit von zwei Jahren – plus einem Jahr Sanierung – würde das für SchülerInnen, LehrerInnen und das Personal extremen Lärm und Staub bedeuten. Alleine im 17. Bezirk gibt es schon jetzt fünf Tiefgaragen, die nicht mal sonderlich überfüllt sind. Weitere sind in Planung. Weshalb eine weitere Tiefgarage notwendig ist, ist niemandem klar.

Was sagen die Bezirksparteien?

Die meinen offensichtlich, die SchülerInnen sollen sich doch freuen, da doch sowieso neue Bäume gepflanzt werden, sobald die Garage fertig sei und einen neuen Sportplatz hätten wir dann auch noch. Den Grünen im Bezirk glaub ich zwar, dass sie gegen Tiefgaragen sind. Aber sie haben schon mal gemeint, wir sollen nicht sauer sein, wenn es nicht klappt, weil sie ja in einer Koalition mit der SPÖ sind, die wie schon erwähnt für den Garagenbau sind. Mit dem Geld könnte mensch etwas sinnvoller machen, wie z.B. den öffentlichen Verkehr ausbauen und die Ticketpreise senken, wie es die Grünen noch vor der Wahl versprochen haben. Nach der Wahl sieht es anders aus, die



Ticketpreise sollen steigen! Aber da reden sich die Grünen dann wieder darauf aus, mensch müsse eben Kompromisse machen...

Was ist bisher geschehen?

Als die Schule von dem Bauplan erfuhr, bildete sich die BürgerInneninitiative „Rettet den Schulhof des GRG17“, die mehrere Demonstrationen und Kundgebungen veranstaltet hat, die manchmal sogar von bis zu 200 TeilnehmerInnen besucht wurden. Die Gründung der BI „Rettet den Schulhof des GRG17“ war ein erster Schritt, der gezeigt hat, dass weder die SchülerInnen und deren Eltern, noch die LehrerInnen und das Personal die geplante Tiefgarage wollen! Auch die LandeschülerInnenvertretung LSV ist gegen die Garage.

Bei der letzten Sitzung des Bezirksrates am 15. Mai haben wir eine Lärmdemo organisiert. Wir wollten ihnen zeigen, wie es ist, bei Lärm zu arbeiten. Da waren eine Menge SchülerInnen und auch LehrerInnen da – die PolitikerInnen wollten aber nicht mit uns reden. Und wir haben eine SchülerInneninitiative gegründet, die von nun an zusammen mit der BI gegen den vollkommen undemokratisch entschiedenen Bau der Tiefgarage kämpfen wird! Wir sind nie gefragt worden! Eine Mitschülerin hat sogar gemeint: „Wenn nötig, werden wir uns auch an die Bäume ketten, um den Bau dieser Garage zu verhindern“

## Keine Atempause für SozialistInnen

von Karin Wottawa, SLP-Wien

Im Herbst 2010 distanzierte sich der Gmunder SPÖ-Bürgermeister und musste klarstellen, dass er mit der SLP, die Proteste gegen die Verbauung eines öffentlichen Badestrandes organisierte, nichts zu tun hat. Am 1. Mai organisierte die SLP gemeinsam mit Betroffenen die erste „1. Mai“-Demonstration seit den 1970er-Jahren. Gestartet wurde beim Spital, Thema war die „Spitalsreform II“. Auch VertreterInnen der SPÖ, der JG und des ÖGB-Gmunden nahmen teil. In den Medien wurde Lisa Wawra von der SLP-Gmunden zitiert, die eine Aktionskonferenz und Streiks fordert. Lisa sprach auch bei einer Veranstaltung des ÖGB am 30. Mai zum Thema: „Wir können uns diese Spitalsreform mit diesen Kürzungen nicht leisten. Unser Ziel muss sein, diese Reform zu kippen. Dazu ist es nötig,

schon jetzt gemeinsam Kampfmaßnahmen, wie weitere Proteste bis hin zu Streiks zu beschließen, die einen erfolgreichen Widerstand sicherstellen.“

### 1. Mai: Landauf, Landab...

Doch nicht nur in Gmunden war die SLP am 1. Mai, sondern auch in Graz, Wien, Salzburg sowie Linz. Und weil es ein internationaler Kampftag ist, waren zwei GenossInnen in Budapest und einer in der Türkei. In der Steiermark waren die Proteste auch von SPÖlern interessant, die den SPÖ-Aufmarsch teilweise mit einem Transparent „Wer ein Linker ist, biegt ab“ von der SPÖ-Abschlussrede ableiteten. Leider folgten der guten Idee keine konkreten nächsten Schritte gegen das steirische Sparpaket. Insgesamt verkauften wir am 1. Mai über 500 Ausgaben des VORWÄRTS.

### Gegen alte und neue Rechte

Am 8. Mai nahm die SLP an der jährlichen Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Mauthausen teil. Am gleichen Tag – dem Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus – abends beteiligten wir uns an den Protesten gegen das „Totengedenken“ der rechtsextremen Burschenschaft am Wiener Heldenplatz. Dem folgte am 26. Mai eine Protestkundgebung gegen den Auftritt von Strache und Gudenus am Wiener Viktor-Adler-Markt. In zahlreichen Beispielen, die auf reges Interesse stießen, wurde hier aufgezeigt, dass die FPÖ eine Partei der Reichen und der Unternehmen ist.

### Rot-Grün in Wien provoziert Widerstand

In Wien unterstützte die Jugend-Ortsgruppe die SchülerInnen und LehrerInnen der Wiener AHS Geblergasse,

die sich gegen ein Tiefgaragenprojekt, das unter ihrer Schule gebaut werden soll, wehren. Hier, ebenso wie beim „Haus Döbling“ argumentieren die Grünen „wir sind halt in einer Koalition...“ – die Ausrede kennen wir doch schon von der SPÖ?! Die SLP kämpft gemeinsam mit den AktivistInnen des „Haus Döbling“, eines Studierendenwohnheims, gegen die Schließung seitens der Stadt.

### Laura Rafetseder im Augustin

Und... last but not least freuen wir uns, dass unsere Singer/Songwriter-Genossin Laura Rafetseder ein Interview gab und auf dem Cover des Augustin „landete“...und nicht nur das, denn eine ganze Doppelseite widmete der Augustin der Kampagne für das Bleiberecht von Asylwerber Ousmane C., die die SLP anführt.

## DIE SLP-TREFFPUNKTE

### GMUNDEN

jeweils Freitag, 17.00 Uhr,  
„Wiener Café“, Esplanade Gmunden

### GRAZ

jeweils Mittwoch, 18.00 Uhr,  
„Stockwerk“, Jakominiplatz 18

### LINZ

jeweils Montag, 18.30 Uhr,  
„Alte Welt“, Linz, Hauptplatz 4

### NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos: slp@slp.at

### SALZBURG-STADT

jeweils Mittwoch, 19.00 Uhr,  
„Shakespeare“, Salzburg,  
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

### WIEN

SLP-Jugendgruppe  
Jeden Montag um 18.30  
„Amerlinghaus“  
7.; Stiftg.8

SLP-Ortsgruppe  
Jeden Mittwoch um 18.30  
„Pizzeria La Piazza“  
20.; Gaussplatz 7

SLP-Ortsgruppe  
Jeden Donnerstag um 19.30  
„Cafe Daun“  
8.; Skodagasse 25

SLP-Ortsgruppe  
Jeden Donnerstag um 19.00  
„Gasthaus Zypressen“  
7.; Westbahnstr./Kaiserstr.

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

## Jetzt Abo bestellen!



Tel.: 01/524 63 10  
oder EUR 18,00\*  
an PSK 8812.733  
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort  
„Abo“ nicht vergessen!

\* Sozialpreis für Menschen  
ohne eigenes Einkommen  
EUR 10,00

\* Normalpreis  
EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben  
inkl. Porto und Versand

ALLES  
INKLUSIVE

Unsere Arbeit kostet Geld. Die SLP erhält keine Subventionen oder Geld von Unternehmen. Das garantiert unsere politische Unabhängigkeit. Es macht uns aber abhängig von Deiner/Ihrer Unterstützung. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein „All-Inclusive-Abo“ eben. Einfach einzahlen auf

PSK 8812.733



## Neues aus dem CWI

von Wolfgang Fischer, SLP-Wien

### Irland: "Reclaim the Unions"

Am 7. Mai fand ein Treffen von 70 irischen GewerkschaftsaktivistInnen aus 12 unterschiedlichen Fachgewerkschaften statt. Startpunkt der Diskussion waren die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise – Anstieg der Arbeitslosigkeit, gekürzte Gehälter und Sozialleistungen – und die Gewerkschaftsbürokratie, die dagegen nicht mobilisiert hat. Sie ist gefangen in den Traditionen der Sozialpartnerschaft (seit 1978) und versucht ihre Privilegien durch Proteste nicht in Gefahr zu bringen. Viele GewerkschafterInnen, die die aktuelle Kürzungspolitik und den „Croke Park Deal“ ablehnen, konnten sich bisher mangels Alternativen nicht dagegen wehren. Die Socialist Party (CWI-Irland) brachte die Notwendigkeit der Gründung von AktivistInnengruppen in den verschiedenen Gewerkschaften ein. Die Gruppen sollen sich dann zu einem Netzwerk zusammenschließen, um so durch gemeinsame Aktionen Druck auf die Führung aufbauen zu können. Eine Neugründung der Gewerkschaft auf Basis der radikalsten und aktivsten Teile wurde mehrheitlich abgelehnt, weil da die Gefahr einer Spaltung bestehen würde. Interventionen auf kommenden Gewerkschaftskongressen sowie eine Gründungskonferenz dieses Netzwerks im Herbst sind die nächsten Fixpunkte, um sich auf kommende Angriffe und Privatisierungen vorzubereiten.

### Sri Lanka: Rajapaksa „Schule der Brutalität“

In typisch chauvinistischer Weise hat Sri Lankas Regime unter Premier Rajapaksa auf den UN-Report reagiert, der die Massaker der Armee unter der tamilischen Bevölkerung im Jahr 2009 untersucht hat. Mindestens 40.000 ZivilistInnen wurden Anfang 2009 von der Armee im sog. Krieg gegen die „tamilischen Tiger“ ermordet. Hunderttausende Menschen sind vom Krieg traumatisiert, tausende tamilische AktivistInnen werden noch immer ohne rechtliche Grundlagen eingesperrt oder sind „verschwunden“. Das herrschende Regime streitet nicht nur alle Vorwürfe ab, sondern läßt am 31. Mai ranghohe Militärs verschiedener Länder, darunter Britannien, USA, China oder Saudi Arabien zu einem Seminar über erfolgreiche „Aufstandsbekämpfung“ ein. Die USP (CWI-Sri Lanka) und das CWI unterstützen die Arbeit der Plattform „Tamil Solidarity“ in Sri Lanka. Sie steht auf der Seite aller ArbeiterInnen und Unterdrückten in Sri Lanka, verteidigt die Rechte der tamilischen Bevölkerung und all jener, die gegen Rajapaksa brutales Regime kämpfen.

www.socialistworld.net

von Sebastian Kugler, SLP-Jugend

IWF-Knebelkredite kennen wir aus der Vergangenheit vor allem aus Afrika und Südamerika. Mittlerweile gehen aber bereits über 60% der IWF-Kredite an Länder der EU. Alleine Griechenland hat mit seinen 142% des BIPs tragenden Staatsschulden das Potential, die EU in einen Abgrund zu reißen. Ein Jahr nach dem 110 Milliarden Euro schweren „Hilfspaket“ für Griechenland ist klar: Das Geld reicht nicht. Ohne weiteres „Hilfspaket“ dürfte Griechenland im Juli zahlungsunfähig sein. Selbst die schlimmsten Kürzungen der Regierung konnten nicht genügend Geld reinbringen, um sich aus den Klauen internationaler Banken freizukaufen.

### Lehman zum Quadrat

Nicht die „Pleite-Griechen“ haben über ihre Verhältnisse gelebt. Die schwache griechische Wirtschaft wurde von mächtigeren Ländern wie Deutschland bewusst importabhängig gemacht, während die Zinsen für griechische Staatskredite ungleich höher sind als für andere Länder. Ein Bankrott Griechenlands wäre ein wirtschaftliches Erdbeben. Experten sprechen von „Lehman zum Quadrat“, also einer schlimmeren Krise als nach der Pleite der „Lehman Brothers“ Bank im Herbst 2008. Ein Bankrott Griechenlands oder der Rauswurf aus der Eurozone würde Spekulationen auf ähnli-



Griechenlands Polizei hat alle Hände voll zu tun: Wütende Proteste gegen EU & Euro!

che Maßnahmen in anderen schwer verschuldeten Staaten wie Portugal und Irland antreiben. Weitere Finanzspritzen für verschuldete Länder schieben die Probleme nur auf. Auch für Österreich kann es ein böses Erwachen geben, weil österreichische Banken in riskante Geschäfte im wirtschaftlich labilen Osteuropa verwickelt sind.

### Schöne Worte – Nichts dahinter

Was hat uns die EU seit ihrer Gründung nicht alles versprochen, in ihren Hochglanzbroschüren, ihren Informationsveranstaltungen und durch ihre SprecherInnen? Europa sollte zum „Global Player“ werden, zum stärksten Wirtschaftsraum der Welt. Dafür wurden Gewerkschaftsrechte und soziale Errungenschaften abgebaut. Ideologisch wurde der europaweite Sozialabbau unterfüttert vom Gedanken einer

gemeinsamen europäischen Identität. Doch auch das erweist sich nun als Schall und Rauch, wo erwogen wird, die „Wiege der europäischen Kultur“, Griechenland, aus der Eurozone rauszuschmeißen. Die EU war immer ein Projekt europäischer Regierungen, um die Bedingungen für das Kapital so profitabler zu machen. In der Krise versuchen die Staaten aber, ihre eigenen Schäfchen ins Trockene zu bringen. Die kapitalistische Standortlogik wird zum dominierenden Faktor in der Politik. Das macht es für die einzelnen Staaten der EU in vielen Fragen unmöglich, geeint aufzutreten. Die Herrschenden werden sie trotzdem nicht einfach aufgeben. Immerhin ist sie ein gutes Mittel zur Umsetzung von Interessen des Kapitals sowohl „nach innen“ (gegen die ArbeiterInnen in der EU), wie auch nach außen. Doch mit zunehmenden wirtschaftlichen Pro-

blemen nehmen die Zentrifugalkräfte zu und könnten über kurz oder lang einige der schwächeren Randstaaten wie Griechenland, Portugal u.a. hinaus-schleudern.

### Zu dumm für Europa?

„Liberale“ bürgerliche KommentatorInnen meinen nun: Die EuropäerInnen sind einfach zu dumm, um zu erkennen, wie toll die EU ist. Die Menschen, die nun gegen die Sparpolitik der EU auf die Straße gehen, seien verkappte NationalistInnen, die nicht über den nationalen Tellerrand blicken. Aber nationalistische Propaganda gewinnt nur dann an Einfluss, wenn eine starke linke Alternative fehlt. Nur wenige Tage nach dem Ausbruch der sozialen Bewegung in Spanien gab es Proteste in ganz Europa. Sie solidarisierten sich mit den Forderungen der „Democracia real ya“ („Echte Demokratie jetzt“)-Bewegung und forderten ein Ende der Sparpolitik und der Arbeitslosigkeit. Es existiert ein breites Gefühl unter ArbeiterInnen und Jugendlichen, dass diese Probleme nur international gelöst werden können. Kaum ein Land, in dem die Sparpolitik der Regierenden nicht auf Massendemos von ArbeiterInnen und Jugendlichen trifft. Doch es kann nicht nur bei wörtlichen Solidaritätsbekundungen für Bewegungen in anderen Ländern bleiben. Die Bewegungen müssen sich vernetzen und in Form neuer politischer Formationen Ausdruck finden.

Bin Laden ist tot – der Terror bleibt.

# Revolution statt Staatsterrorismus!



von Margarita Döller, SLP-Wien

Der Al-Qaida-Führer Osama Bin Laden wurde von einer US-Spezialeinheit in Pakistan aufgespürt und erschossen. Obama verkauft das als großen Erfolg gegen den Terrorismus. Die Al-Qaida ist vielleicht kurzfristig geschockt, ihre militärische Stärke hat sich dadurch aber nicht verändert und

der Hass auf westliche, imperialistische Kräfte hat neue Nahrung bekommen. Wie Terrorismus und islamischer Fundamentalismus wirklich zurückgedrängt werden können, haben die Revolutionen im arabischen Raum gezeigt.

Die Ermordung Bin Ladens ist ein Ausdruck der zunehmenden Schwäche des US-Imperialismus. Die gescheiterten Militäreinsätze in Afghanistan, Irak & Co haben ihm die Vormachtstellung in der Region gekostet. In den genannten Ländern regieren heute trotz der „Befreiung“ durch den US-Imperialismus Staatsterror und Armut. Täglich werden Drohnen und Bomben auf die zivile Bevölkerung abgeworfen, die das Ziel haben, vermeintliche TerroristInnen zu töten und stattdessen unschuldige Menschenleben fordern. Die herrschende Klasse der USA setzt sich dafür über alle möglichen Gesetze hinweg. Recht und Gesetz gilt eben nicht für jeden auf der Welt gleich. Die Erschießung Bin Ladens und die damit verbundene Propaganda ist nichts anderes als ein Manöver, um davon abzulenken, dass die USA keines der Probleme in der Region gelöst und auch den Terrorismus nicht bezwungen haben. Darüber hinaus ist es kein Zufall, dass die Operation vor dem Hintergrund der revolutionären Bewegungen im arabischen Raum gestartet wurde. Der Schlag gegen die Al-Qaida soll den US-Einfluss in der Region wieder stärken und Macht demonstrieren. Als Nebeneffekt wird auch noch von den sozialen

Unruhen und Problemen in den USA abgelenkt.

### Der vernichtende Schlag gegen den Terrorismus?

Viele Menschen hoffen, dass durch den Tod Bin Ladens die Gefahr des Terrors gebannt ist. 2004 wurde der Hamas-Chef Scheich Ahmad Yassin ebenfalls gezielt ermordet. Das hat in Folge die Hamas auch nicht geschwächt. Ganz im Gegenteil. Die Ermordung Bin Ladens wird vermutlich zu einem Anstieg der Terrorakte führen. Als SozialistInnen lehnen wir die Methoden des Staatsterrorismus, aber auch dieses individuellen Terrorismus ab. Al-Qaida ist eine reaktionäre Organisation, die v.a. auch gegen die ArbeiterInnenklasse gerichtet ist. Wie die USA fürchtet sie die Revolutionen in der arabischen Welt.

### Revolution als Alternative zu Fundamentalismus und Terror

Die USA hatte in den 1980-iger Jahren den Aufstieg der Al-Qaida mitfinanziert, als Gegenpol zur Sowjetunion. Durch die Unterstützung der USA für die korrupten Regime in der Region und der Unterstützung für die Ausbeutung der Bevölkerung, wurde der islamische Fundamentalismus noch mehr gestärkt. Sie trägt damit eine direkte und indirekte Verantwortung für den Terror.

Die Ermordung eines bösen Terroristen löst die sozialen und ökonomi-

schen Probleme der arabischen Welt nicht. Genau so wenig wie terroristische Attentate das tun. Die revolutionären Erhebungen in Ägypten, Tunesien, Libyen usw. haben gezeigt, wie durch den Kampf für soziale und politische Rechte auch der religiöse Fundamentalismus zurückgedrängt werden kann. Menschen unterschiedlichster Religionsgruppen und Ethnien gehen gemeinsam gegen Diktatoren auf die Straße und erkämpfen Verbesserungen, die der US-Imperialismus nie umsetzte. Sie riskieren in den Auseinandersetzungen mit den Herrschenden und dem Militär ihr Leben. Forderungen nach Demokratie und Veränderung ihrer Lebenssituation stehen im Vordergrund. Massenarbeitslosigkeit unter Jugendlichen, zu wenig Geld zum Überleben und keinerlei soziale Absicherung stehen in diesen Ländern auf der Tagesordnung. Kombiniert mit Unterdrückung durch Diktatoren, die gemeinsam mit Hilfe der imperialistischen Staaten die Bevölkerung ausbluten. In Ägypten unterstützen Obama & Co das Militär, das eine konterrevolutionäre Rolle spielt. Den Herrschenden in den USA und im arabischen Raum geht es nur um die Aufrechterhaltung von kapitalistischen Machtverhältnissen, egal mit welchen Mitteln. Die Antwort auf Terrorismus und imperialistische Unterdrückung kann nur lauten: Kampf der ArbeiterInnenklasse und der armen Bevölkerung für eine sozialistische Alternative, die den Blutbädern, die Krieg und Terrorismus bedeuten, endgültig ein Ende bereitet.

# VORWÄRTS

## sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 199

Juni 2011

Rassismus  
schafft keine Jobs!  
Geld für Soziales  
statt für Banken!



# GEGEN ALTE UND NEUE RECHTE

von Moritz Erkl, SLP-Graz

Laut Umfragen ist die FPÖ auf dem besten Weg, stimmenstärkste Partei zu werden. Das mag verwunderlich wirken, immerhin war in letzter Zeit ja relativ wenig von ihr zu hören. Doch die Stärke der FPÖ ist die Schwäche der restlichen Parteien. Sie gewinnt nicht durch ihre Politik, sondern durch die der anderen.

Am 18. Juni hält die FPÖ nun einen „richtungsweisenden“ Grundsatzparteitag in der Grazer Messe ab. Geplant sind neben der Wiederwahl von Strache als Parteiohmann, welcher in seine vierte Amtszeit gehen würde, auch der Beschluss eines neuen Parteiprogramms sowie ein Leitantrag zur „freiheitlichen Alleinstellung“. Laut Herbert Kickl solle dieser Leitantrag ein „Hervorstreichen... - ...als rot-weiß-rote Partei in den wesentlichen Bereichen“ darstellen, das Programm entspräche den neuen Herausforderungen wie dem „radikalen Islamismus“ nicht mehr und benötige daher eine Richtungsänderung. Als letzten Punkt wolle man der steirischen Landesgruppe noch Anerkennung zollen. Die FPÖ Steiermark ist auch für die FPÖ ein starkes Stück. Die deutschnational-rechtsextreme Strömung ist dort traditionell stark und gut verwurzelt. Erst kürzlich sorgte ein Internet-Spiel für Aufregung, in dem die steirische FPÖ den/die SpielerIn aufforderte, Muezzins und Minarette zu schießen – Ein eindeutiger Aufruf zur Gewalt gegen MigrantInnen.



### Rechtes Tauziehen

In der FPÖ gibt es schon länger ein Tauziehen von unterschiedlichen Interessen. Die neue Vorzeigefrau der FPÖ, Barbara Kappel, spricht von einem 5-Jahresplan mit dem Ziel, einen „wettbewerbsfähigen Standort zu schaffen“. Sie gehört zu jenem Teil der Partei, der lieber gestern als heute wieder zurück in Bundes- und Landesregierungen möchte. Seit dem Rosenkranz-Debakel bei der Präsidentschaftswahl befindet sich der ultra-rechte Flügel der FPÖ in der Defensive. Dieser Flügel ist aber durch seine Basis in den rechtsextremen Burschenschaften am besten organisiert. Er bildet den zentralen Machtfaktor in der FPÖ. Strache versucht, beide Klientel zu bedienen. Er will die Burschenschaftler-Connection nicht links (wohl eher rechts) liegen lassen, denn ihre Loyalität sichert seine innerparteiliche

Die FPÖ versucht seit einigen Jahren sich als „Partei kleinen Mannes“ zu präsentieren. Doch die angeblich „soziale Heimatpartei“ steht letztlich für dieselbe Art von Kürzungspolitik wie alle anderen Parteien.

che Macht. Gleichzeitig versucht er in der Öffentlichkeit eine gewisse Distanz zu den zu offenen rechten Kreisen, um seine Chancen auf eine Regierungsbeteiligung zu erhöhen.

### FPÖ = unsoziale Unternehmenspartei!

Die FPÖ versucht seit einigen Jahren sich als „Partei kleinen Mannes“ zu präsentieren. Doch die angeblich „soziale Heimatpartei“ steht letzt-

lich für dieselbe Art von Kürzungspolitik wie alle anderen Parteien. Nur noch rassistischer. Auch die FPÖ hofiert UnternehmerInnen und andere sogenannte „Leistungsträger“, oder, wie Kappel es formuliert: „Die FPÖ ist eine Partei, die die Interessen der Leistungsträger vertritt. Und ich sehe mich selber als Leistungsträgerin, die für die Leistungsträger da ist.“ Sie steht für Angriffe auf Löhne und Sozialleistungen, wie Kappel so schön sagt: „Ebenso wollen wir die

Steuer- und Abgabenquote sowie die Lohnnebenkosten senken, mit dem Ziel, einen wettbewerbsfähigen Standort zu schaffen.“

Der Wiener FPÖ-Spitzenpolitiker Gudenus jun. forderte bereits 2006 die (weitere) Aufweitung des Lehrlingsschutzes.

Die FPÖ ist alles andere als harmlos. Zu ihrer unsozialen Politik kommen regelmäßige ultrarechte Rülpsen. Kaum eine Woche, in der nicht wider eine Querverbindung nach ganz-ganz-rechts bekannt wird. Bei der Abstimmung zum Widerruf von Hitlers Ehrenbürgerschaft in Amstetten enthielten (!) sich die beiden anwesenden FPÖ MandatarInnen. Der RFS rechtfertigt seine ÖH Wahlkampfplakate („Blaue wählen heißt Linke quälen“) indem er zugibt, diese von der FPÖ geschickt zu bekommen und sie nicht ändern zu dürfen.

### Proteste gegen den FPÖ-Parteitag

Der Parteitag der FPÖ ist somit nicht einfach ein Treffen anständiger DemokratInnen. Seine Aufgabe wird es sein, die rassistische Hetze gegen migrantische KollegInnen zu verstärken und Angriffe auf ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Jugendliche vorzubereiten. Ein Bündnis aus verschiedenen linken Gruppierungen plant deswegen bereits Aktionen gegen den Grazer FPÖ-Parteitag. Doch um erfolgreich zu sein bedarf es mehr als ein empörtes Aufzucken der üblichen Verdächtigen. Um Nazis und der Polizei keinerlei Angriffsfläche zu präsentieren, braucht es ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, MigrantInnenorganisationen, Frauen- und Menschenrechtsorganisationen. deutlich muss die „sozialabbauerische“ Politik der FPÖ offengelegt werden und es muss klargestellt werden, dass sie keine Antworten auf Kürzungspakete und Sozialabbau geben kann. Genauso müssen wir aber auch klar machen, wer verantwortlich für den Aufstieg der FPÖ ist: Die etablierten Parteien, die durch ihre unsoziale Politik die Menschen der angeblichen „Protestpartei“ FPÖ in die Hände treiben und die durch aktives Wegschauen bei rechtsextremen Äußerungen die FPÖ salonfähig gemacht haben. Es führt kein Weg daran vorbei, diesem Einheitsbrei endlich eine Alternative entgegenzustellen. Eine Alternative, die gegen rassistische Spaltung auftritt und Sozialabbau bekämpft. Eine neue Partei der ArbeiterInnen und der Jugendlichen.

### Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf ko-

sternenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.

- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle

- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungszustand und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind

die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.

- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) Web [www.slp.at](http://www.slp.at)